

Beilage 4123

Dringlichkeitsantrag

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, bei der Befugungsmacht auf eine rückwirkende Änderung des Rückerstattungsgesetzes in dem Sinne hinzuwirken, daß Rückerstattungsansprüche aus Veräußerungen von Bauernhöfen und anderen Vermögen nicht geltend gemacht werden können, wenn sich die Rückerstattungsansprüche auf solche Anwesen oder Vermögen beziehen, die von Güterhändlern nur vorübergehend erworben worden waren.

München, den 31. Juli 1950

Areml

und Fraktion (CSU)

Beilage 4124

Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird beauftragt, geeignete Schritte zu unternehmen, um den immer mehr um sich greifenden Werkshandel zu unterbinden.

Begründung

Das Überhandnehmen der direkten Versorgung von Angehörigen größerer Betriebe durch direkten Bezug von Waren vom Erzeuger durch Ausschaltung des Zwischenhandels nimmt unerträgliche Formen an. Diese Geschäfte werden in den meisten Fällen durch den Betriebsrat getätigt. Nicht nur, daß dem Staat die verschiedenen Steuern, mit denen die Wirtschaft herangezogen wird, entgehen, es wird auch sehr vielen Angestellten und Arbeitern durch diese Art der Versorgung von Betriebsangehörigen die Existenzgrundlage entzogen. Im übrigen ist es nicht Aufgabe des Betriebsrates, solche Geschäfte zu tätigen.

München, den 2. August 1950

Euerl (CSU)

Beilage 4125

Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium der Finanzen wird beauftragt, zu veranlassen, daß von Landwirten, die nach dem Einheitswert ihre Umsatz- und Einkommensteuer bezahlen müssen, dabei aber Obst- und Gemüsebau betreiben, die Steuern für diese Sonderkulturen nicht mehr erhoben werden.

Begründung

Die Preise für Obst und Gemüse sind beim Erzeuger so gering, daß eine Doppelbesteuerung für Obst- und Gemüseflächen nicht mehr vertreten werden kann. Dabei bereitet die Ermittlung dieser Steuern den Finanzämtern mehr Arbeit und Kosten, als der Ertrag aus diesen Sondersteuern ausmacht.

Geesdorf, den 25. Juli 1950

Weiglein (CSU)

Beilage 4126

Kurze Anfrage Nr. 131

Ist es dem Herrn Wirtschaftsminister bekannt, daß die heurige Gurken-, Reineclauden- (Ringlo) und Mirabellenernte zum großen Teil verkommt, da die Konservenfabriken wegen Blechdosentknappheit die Ernte nur zu einem geringen Teil aufnehmen können?

Was gedenkt der Herr Wirtschaftsminister zu tun, um die nötigen Bleche zur Herstellung von Dosen bereitzustellen?

München, den 3. August 1950

Weiglein (CSU)

Beilage 4127

Mündlicher Bericht

des

Ausschusses für den Staatshaushalt
zum

Antrag der Abgeordneten Dr. Hoegner und Genossen betreffend Neuregelung der Unterhaltszuschüsse an Referendare.

Berichterstatter: Dr. Hoegner

Der Antrag lautet:

Die Staatsregierung wird ersucht, bis zur Neuregelung der Unterhaltszuschüsse (1. Oktober 1950) an die Referendare die bisherigen Bezüge weiter zu gewähren.

Bei der Neuregelung wollen folgende Gesichtspunkte in Betracht gezogen werden:

1. Festsetzung einer Höchstzahl von Referendaren, an die Unterstützungen gewährt werden können;
2. Auswahl nach Bedürftigkeit und Würdigkeit;
3. Begrenzung der Bezüge an Nichtbayern auf den in ihren Heimatländern gewährten Betrag.

Antrag des Ausschusses:

Zustimmung.

München, den 2. August 1950

Der Präsident:
Dr. Stang